

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe oktober 2005



Herausgeber, V.i.S.d.P.

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Strasse 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno Blissenbach, Jan Valentin Deichsel, Violetta Hartmann, Gaby Heise, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Katja v. Maur, Peter Pawlowski, Martina Rozok, Christoph Santl, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey, Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Natja Denk, Kay Ehrhardt, Violetta Hartmann, Gernot Kieseritzky, Michael Saß

Leserbriefe

Violetta Hartmann, Erwin Loßmann, Bettina v. Seyfried

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.liberalweb.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe oktober 2005
www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

„ein gutes Ergebnis für die FDP, aber ein schlechtes Ergebnis für Deutschland,“ nannte Otto Graf Lambsdorff das Resultat der vorgezogenen Bundestagswahl 2005. Nach dem Scheitern des Projekts einer gelb-schwarzen Mehrheit im Bundestag ist auch die Hoffnung auf liberale Reformpolitik durch eine „Jamaica“-Koalition im Schwinden begriffen, zu stark sind die anachronistischen Kräfte des Sozialismus bei den Grünen und des Klerikal-Konservatismus bei der Union. So werden den Deutschen weitere dunkle Jahre des ökonomischen und gesellschaftlichen Siechtums bevorstehen, sozialdemokratische Irrwege werden uns dem wirtschaftlichen und fiskalischen Abgrund noch näher bringen.

Was bleibt, das ist die Hoffnung auf eine profilierte und effektive Oppositionsführerschaft der Liberalen im Bundestag. Die Hoffnung, dass die FDP mit Klarheit, Mut und Prinzipientreue, mit intellektueller Aufrichtigkeit und freiheitlicher Empathie im Parlament, in den Medien und auf den Plätzen zur wirkungsmächtigen Stimme liberalen Gestaltungswillens wird. Auch aus der Opposition kann man Einfluss nehmen, und die nächste Bundestagswahl kommt bestimmt – vermutlich nicht erst in vier Jahren.

Hoffnungen kann auch das Land Berlin gut gebrauchen. Mit dem Entwurf für den Landeshaushalt 2006 hat die rot-rote Regierung unter dem ebenso knuffigen wie überforderten Klaus Wowereit ein weiteres Dokument ihres Scheiterns vorgelegt. Wäre man nicht als Liberaler auch Laizist, man müsste die Mächte des Himmels anrufen, der Stadt nach Jahrzehnten schwarz-roter und rot-roter Misswirtschaft Rettung zu senden.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Wir setzen darauf, dass die Liberalen ihre Ideen künftig nicht mehr auf dem Altar kurzsichtiger Klientelpolitik opfern.

Und wir hoffen, dass ein Politiker wie Rainer Brüderle, der diese Politik wie kein anderer verkörpert, mit seinem verkümmerten liberalen Ökonomieverständnis nicht Bundeswirtschaftsminister wird.

Financial Times Deutschland

Lagebericht des Vorsitzenden

Gute Ergebnisse durch kommunales Engagement

von *Henner Schmidt*

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wir haben die Bundestagswahl sehr erfolgreich bestanden und auch in Mitte ein besonders gutes Ergebnis erzielt. Dafür danke ich allen, die engagiert den Wahlkampf geführt haben, vor allem unserem Kandidaten Tim Stuchtey und dem gesamten Wahlkampfteam. Die Präsenz der FDP im Straßenbild und an vielen Ständen war unüberschbar.



Die Bildung der Bundesregierung ist heute, mehrere Wochen nach der Wahl, immer noch offen. Klar ist jedoch: Die FDP hat gut abgeschnitten und sich flächendeckend wieder solide etabliert. Das hilft uns, in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen und von den Medien stärker beachtet zu werden.

Durch die Optionen der Regierungsbildung wird der Denkansatz zweier politischer Lager in Frage gestellt, der auch in der Zweitstimmenkampagne der Bundespartei sichtbar wurde. In der Bundestagswahl hat dies leider nur zu einem Austausch von Wählerstimmen zwischen CDU und FDP geführt, nicht zu einem Zustrom aus den anderen Parteien. Auch deshalb hat es für schwarz-gelb nicht gereicht. Für die Abgeordnetenhauswahl nächstes Jahr ist eine Strategie, die auf ein so genanntes bürgerliches Lager setzt, sowieso illusorisch: Die Mehrheitsverhältnisse in Berlin und der Zustand der Berliner CDU schließen einen solchen Lagerwahlkampf aus.

Unser Wahlergebnis in Mitte zeigt: Neben dem intensiven Wahlkampf hat vor allem auch die

gute kommunale Verankerung unserer Partei zum hervorragenden Ergebnis beigetragen. Weit über dem allgemeinen Trend, den wir der guten Arbeit der Bundespartei verdanken, haben wir gerade im Wedding (bisher nicht gerade eine FDP-Hochburg) und in Tiergarten zugelegt. Dort, wo wir bei Bürgerinitiativen und Vereinen tätig waren, haben wir besonders gut abgeschnitten, z.B. in der Friedrich-Wilhelm-Stadt. Hier zeigt sich, dass das intensive kommunalpolitische Engagement mehrerer Ortsverbände und der BVV-Fraktion sich positiv auf die Wahlergebnisse für die FDP auswirkt.

Dies wird nächstes Jahr bei der Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahl noch wichtiger werden, da es dabei direkt um ein Urteil der Wähler zur kommunalen Arbeit der FDP geht. Wir sollten uns deshalb die Motivation durch das Bundestagswahlergebnis erhalten und zusätzlich in den Kiezen aktiver werden, in denen die FDP bisher noch keine Flagge in Vereinen und Initiativen gezeigt hat, z.B. in der Luisenstadt und im nördlichen Teil des Altbezirks Mitte. Hier haben wir das FDP-Potenzial sicher noch nicht ausgeschöpft.

Für die Wahlen im nächsten Jahr hat der Bezirksausschuss der FDP Mitte mit sehr großer Mehrheit eine Vorentscheidung für das von uns gewünschte Verfahren der Kandidaten-Aufstellung getroffen: Mitte will keine Landesliste, sondern ein bezirkliches Aufstellungsverfahren, das möglichst durch eine Bezirksmitgliederversammlung stattfinden soll. Dies wollen wir so auf dem Landesparteitag im November vertreten.

Erholen Sie sich vom Wahlkampfstress, Sie haben es sich verdient. Aber denken Sie bitte daran: Nach der Wahl ist vor der Wahl – der Kampf um Wählerstimmen 2006 beginnt schon jetzt.

Henner Schmidt (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Ergebnisse der FDP zur Bundestagswahl am 18. September 2005

	gültige Zweitstimmen	in %	Differenz zu 2002	in %
Deutschland		9,8 %		+ 2,4 %
Berlin gesamt	151.892	8,2 %	+ 27.888	+ 1,6 %
Berlin West	111.348	10,2 %	+ 21.236	+ 2,2 %
Berlin Ost	40.544	5,3 %	+ 6.652	+ 0,7 %
Bezirk Mitte	10.528	7,5 %	+ 1.246	+ 1,2 %

Kommentar aus Mitte

Dem Staat misstrauen

von *Gernot Kieseritzky*

Nach dem Ende des Wahlkampfes feiert die FDP ihren fast zweistelligen Anteil an den Wählerstimmen als Resultat ihrer überzeugenden Programmatik. Ein genauer Blick auf das Wahlergebnis offenbart jedoch, dass sich ihr Zuwachs von 2,4 % mit dem Stimmensplitting von CDU-Anhängern erklären lässt. Wie bei den letzten Wahlen hat das Volk mehrheitlich links gewählt. Wie kommt es, dass liberale Konzepte wieder chancenlos geblieben sind? Vielleicht, weil die FDP eigentlich keine liberale Partei ist.

Liberale misstrauen dem Staat als bürokratischer Beamtenapparat, der Macht konzentriert und zur Finanzierung seiner Aktivitäten Eigentum stehlen muss. Das Diebesgut heißt in diesem Zusammenhang „Steuern“ und sein Opfer euphemistisch „Staatsbürger“. Um seine Macht auszuweiten, erfindet der Staat immer neue Aufgaben, die er angeblich hoheitlich wahrnehmen müsse. So waren seine Kernaufgaben ursprünglich auf Justiz und Landesverteidigung beschränkt. Inzwischen ersetzt zunehmend ein Sozialstaat unseren Rechtsstaat. Es ist bezeichnend, dass im jüngsten Bundeshaushalt ganze 127 Mrd. € für „Arbeit und Soziales“ eingeplant sind, aber nur 28 Mrd. € für Verteidigung, Inneres und Justiz. Die sozialen Sicherungssysteme beanspruchen bereits 40% des Bruttosozialprodukts, weil sie mit echten Versicherungsleistungen nichts zu tun haben, sondern durch zusätzliche Steuern finanziert werden, die „Sozialbeiträge“ genannt werden. Die wahren Kosten des Sozialstaats sind vermutlich noch höher und werden durch inflationäre Papiergeldpolitik der Zentralbank gedeckt. Für Liberale sind das unerträgliche Ausmaße einer Staatsmacht, die anstelle von sozialer Sicherheit lediglich Massenarbeitslosigkeit produziert hat. Vertreter der FDP haben es im Wahlkampf aber vermieden, dieses Problem offen anzusprechen und zogen es vor, das Steuerkonzept der FDP gegen das liberalere Flat-Tax-Modell von Paul Kirchhoff zu verteidigen.

Warum hat die FDP nicht offensiv für mehr freie Marktwirtschaft geworben? Sie schafft die Grundlage für ein Leben in Freiheit und Wohlstand, weil der Markt eigenverantwortliches Handeln und nachhaltiges Wirtschaften fördert. Der Staat hat kein Interesse an der wirtschaftli-

chen Unabhängigkeit seiner Untertanen, weil er sie dann nicht mehr beherrschen kann. Er fördert deshalb Verschwendung und Armut. Uningeschränkter Freihandel ist letztlich sozialer als jede Manifestation einer „sozialen“ Marktwirtschaft. Die Logik der Freiheit gibt die Reformagenda klar vor: Massive Steuerentlastungen durch Ausgabenkürzung, radikale Rückführung des Sozialstaats, Aufhebung des Geldmonopols, Verteidigung der Bürgerrechte, Privatisierung von Ausbildungsstätten und die Bekämpfung der machtpolitischen Zentralisierung Europas.

Gewiss, das Wahlprogramm der FDP sieht die Vereinfachung

des Steuersystems und eine Entbürokratisierung des Sozialstaats vor. Aber es lobpreist den Staat als sinnvolle Einrichtung, um für die „Sicherung von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit für jeden Menschen“ zu sorgen. Tatsächlich verfolgt er nur das Ziel, seine Macht auf Kosten unserer Freiheit auszubauen. Durch diesen Irrtum fordert die FDP nicht nur weniger als Liberale, sondern möchte an der staatlichen Enteignungspraxis sogar festhalten: Ihr Wahlprogramm sieht allen Ernstes die Beibehaltung des Kündigungsschutzes (mit Verlängerung der Probezeit) sowie der betrieblichen Mitbestimmung (mit Anhebung der Betriebsgröße) vor und stellt den „bedarfsgerechten“ Ausbau von öffentlichen Kindergartenplätzen sowie die Schaffung kostenloser Betreuungsplätze in Aussicht. So verliert die FDP die Rechtfertigung für echte liberale Reformen und setzt schließlich ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

Die FDP könnte Vorkämpfer für die Sache der Freiheit sein, wenn sie wieder lernt, dem Staat zu misstrauen. So ist und bleibt sie nur das kleinste Übel unter ihren antiliberalen Mitbewerbern, deren „Reformpolitik“ sich bereits in der Verlagerung der Steuerlast von einem Bevölkerungsteil auf einen anderen erschöpft. Nach dieser Wahl sollte die FDP nicht wieder nur Steigbügelhalter einer auf Umverteilung und Enteignung gerichteten Politik sein. Besser wäre es, wenn sie die Rolle als Oppositionsführer annähme und sich mit einer liberalen Schärfung des Programms überzeugend als reformorientierte Freiheitspartei profilieren würde.

Gernot Kieseritzky (OV Tiergarten) organisiert den ‚Libertären Stammtisch‘ und ist erreichbar unter gernotf@chemie.fu-berlin.de

Gastkommentar

Reform der Verwaltung in der liberalen Opposition

von *Kay Ehrhardt*

„Der Frust der Opposition treibt sie alle an,“ sagte mir neulich ein beschlagener Alt-Liberaler, und Recht hat er. Wovon ist die Rede?

Die Liberalen zogen 2001 überraschend stark in die Berliner Parlamente – also Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen – ein. Zwar war mit dem Wählerauftrag Opposition die Rolle definiert, aber deren Ausgestaltung stellte sich nun als Herausforderung dar.

Jede liberale Fraktion oder Gruppe hat bis heute ihre eigene, dem jeweiligen Umfeld entsprechende, Rolle gefunden. Alle eint sie die Gemeinsamkeit durch ihre meist unkonventionellen liberalen Veränderungsansätzen, die Ablehnung, der in der Berliner Politik auf Konsenspolitik ausgerichteten Volksparteien, zu spüren.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist die tägliche Frage nach dem wie. Wie erlange ich Aufmerksamkeit und Zuspruch der Öffentlichkeit für FDP-Positionen? Eine Gratwanderung zwischen Populismus und Simplifizierung unter Berücksichtigung der eigenen Fraktion und des ausgemachten Klientels.

Ein fortwährendes Problem aller parlamentarischen Ebenen ist die Verwaltung, wobei nicht nur die mangelhaft qualifizierten Mitarbeiter gemeint sind, sondern sich die gesetzlichen Grundlagen, die Ausführungsvorschriften und in vielen Fällen eine unausreichende Mittelausstattung als problemverursachend feststellen lassen.

Auch hier eint der Frust des Hamsterlaufsyndroms: immer Rennen und kein Fortkommen, d.h. unzählige Anträge, Reden und Debatten, aber kein oder ein kaum sichtbarer Erfolg.

Wie löst man nun dieses Problem, und spätestens hier führt das einst Einigende zu einer unnötigen Trennung, begünstigt durch die unterschiedlichen Blickwinkel auf die zwei Verwaltungsebenen, die Senats- und die Bezirksebene.

Zu den unterschiedlichen Blickwinkeln kommt es, weil die Mandatsträger der einen Ebene überwiegend die Fehler der jeweiligen anderen Ebene mitbekommen. Was alles gut läuft wird dagegen

nicht zu Kenntnis genommen. Man kann von einer Art ‚Betriebsblindheit‘ sprechen.

In der Kombination von Betriebsblindheit und dem durch Enttäuschungen entstandenen Druck kanalisiert sich dieses in der Einnahme von extremen, die Realitäten verkennenden Positionen. Und mündet in dem Glauben, durch mehr Kompetenz der eigenen Ebene die Fehler der anderen Ebene in den Griff zu bekommen zu können.

Dieses hin- und herschieben des ‚Schwarzen Peters‘ berücksichtigt aber nicht die Bewertung der Verwaltung nach heute schon klar definierten liberalen Kriterien, die in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit zu benennen sind:

1. Subsidiarität, als Vorgabe von so viel Dezentralisierung wie möglich, so viel Zentralisierung wie nötig
2. Bürgernähe, das für den Bürger zeit- und ortsnahe Verwaltungshandeln, welches durch ein ebenfalls ortsnahes und mit umfassenden Kompetenzen ausgestattetes Parlament kontrolliert wird, und die
3. Schaffung von Transparenz, etwa durch politische Bezirksamter, die klare Erkennbarkeit von politischen Verantwortlichkeiten ermöglichen.
4. Effizienz, die mit möglichst geringem Ressourcenaufwand ein maximales Output erzielende Verwaltung.

Das Selbstverständnis eines Liberalen fordert vor der Überprüfung dieser drei Kriterien natürlich die Aufgabekritik mit der Frage, welche Leistungen überhaupt noch durch die Verwaltung und nicht durch ‚Freie Träger‘ oder wirtschaftliche Unternehmungen erbracht werden können.

Die Herausforderung für die liberalen Mandatsträger in Berlin ist es angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und die extremen Positionen aufzugeben. Außerdem bedarf es der Suche nach problemorientierten Lösungen, der Diskussion auf gleicher Augenhöhe und ohne indirekte Inkompetenzunterstellungen, um eine breite Basis für die liberalen Reformvorstellungen zu sichern.

Eine Geschichte mit Fortsetzung.

Kay Ehrhardt (BV Steglitz-Zehlendorf), Vorsitzender der FDP-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf

Zum Thema

Intelligente Energiepolitik

von *Maren Jasper*

Wir brauchen Wettbewerb nicht nur in den Netzen, sondern auch zwischen den Energieträgern. Die Liberalen setzen sich seit langem für einen Energiemix ein. Dieser besteht aus konventionellen Energieträgern, aber auch aus den erneuerbaren Energien, die den großen Vorteil haben, Ressourcen-schonend zu sein und keine CO₂-Emissionen zu verursachen. Dies ist auch wesentliches Argument dafür, jenseits des CO₂-Zertifikatehandels, der auf alle Emittenten ausgebaut werden muss, ein besonderes Fördersystem für die Erneuerbaren zu befürworten. Das EEG, das von der Bundesregierung hierfür installiert wurde, fördert zielungenau und nicht effektiv. Deshalb schlägt die FDP ein Quotenmodell vor: Der Staat legt eine zu erreichende Quote für jenen Strom fest, der aus erneuerbaren Energien zu produzieren ist. Die Energieversorger müssen diese Quote erfüllen. Welche Energiequellen sie dabei nutzen, bleibt ihnen überlassen. Können sie die Quote nicht erreichen, müssen sie Zertifikate kaufen. Übererfüllen sie die Quote, können sie Zertifikate verkaufen. Ein solches System fördert zwar, aber greift nicht unverhältnismäßig in den Markt ein. Ein schrittweiser und für die Unternehmen aus Gründen der Planungssicherheit klar definierter Übergang in das neue System müsste von der Politik initiiert werden.

Gerade den Liberalen muss an einer dezentralen Versorgung gerade durch erneuerbare Energien, die von mittelständischen Unternehmen produziert wird, viel liegen. Größtes Problem ist jedoch z.T. ihre mangelnde Grundlastfähigkeit (insbesondere bei Wind- und Sonnenenergie). Immer wenn das Windrad sich nicht dreht, muss ein anderes Kraftwerk anspringen und Regenergie bereit halten. Da Strom nicht speicherbar ist, benötigt man für diese Bereiche konventionelle Kraftwerke, die Schwächen ausgleichen. Um wirklich Kohle- oder Atomkraftwerke zu ersetzen (wie plakativ von den Grünen gefordert), muss noch viel Arbeit und Geld in die Stromspeicherungsforschung fließen. Eine Kürzung des Energieforschungshaushalts, wie durch die rot-grüne Bundesregierung vorgenommen, hilft hier nicht, sondern setzt falsche Prioritäten.

Maren Jasper (OV OT), stellv. Bezirksvorsitzende in Mitte, umweltpolitische Sprecherin im Landesvorstand



Zum Thema

Larger than Life - der Weg der Türkei nach Europa

von *Natja Denk*

Im Europawahlkampf des letzten Jahres trat die FDP Berlin-Mitte auf blau-gelben Karten mit dem Bekenntnis für einen Beitritt einer demokratischen, toleranten, die Menschenrechte achtenden Türkei zur Europäischen Union auf. Gegen den Trend der Bundespartei waren auch in diesem Wahlkampf die Karten wieder im Einsatz, zurückhaltend – dem voraussichtlichen Koalitionspartner zuliebe.

Dessen Modell der „privilegierten Partnerschaft“ hat die in dieser Woche mit Glück doch begonnenen Beitrittsverhandlungen belastet. Allen Dissonanzen im Vorfeld zum Trotz heißt es nun, mit Sorgfalt zu verhandeln, damit, so Werner Hoyer in einer Pressemitteilung vom 04. Oktober, „darauf geachtet [wird], dass weder die EU noch die beiden Beitrittsanwärter überfordert werden, dass nichts überstürzt ... und dass am Ende ... wirklich ein Mehr an Wohlstand, Sicherheit und Stabilität für alle erreicht wird...“. Aber er fügt an, wie wichtig es sei, dass die Verhandlungen ergebnisoffen geführt werden. „Wenn am Ende der Beitritt ... scheitern sollte, müssen ... enge und stabile Beziehungen gewährleistet bleiben“. Wohl wissend, welche Dimension diese Beitrittsverhandlungen tatsächlich haben, über den klein(kariert)en europäischen Rahmen hinaus.

Allzu gern wird in Europa der Fokus klein gewählt. Das ändert nichts an den Brennweiten der Welt um uns herum. In der Auseinandersetzung der westlichen mit der islamischen Welt liegt das Verhalten Europas im Brennpunkt der Aufmerksamkeit. Ein „Draußenbleiben“ der Türkei würde in der islamischen Welt einmal mehr eine fatale Empfindung auslösen, des „being not white enough“. Ein abgelehnter Beitritt der Türkei bedeutete dasselbe wie die Nichtanerkennung der algerischen Wahlen durch die USA oder auch der Israel-Konflikt: Alle sind gleich, manche sind gleicher.

Mit der Ablehnung der Türkei als EU-Mitglied verspielte man mehr als eine europäische Karte, man vertäte eine veritable Option im globalen Maßstab.

Natja Denk, stellv. Vorsitzende des OV Wedding



Aus dem Abgeordnetenhaus

Gefordert sind Disziplin und Strukturreformen

von *Erik Schmidt*

Auf 2.956 Seiten in 11 Bänden liegt der Senatsentwurf für den Landeshaushalt 2006/2007 vor. Ausgaben von 40,4 Mrd. Euro stehen Einnahmen von 34,8 Mrd. Euro gegenüber. Daher müssen insgesamt 5,6 Mrd. Euro neue Schulden gemacht werden. Ende 2007 wird der Berliner Schuldenberg damit 64,4 Mrd. Euro betragen – ein Anstieg von 50% seit 2001. Die Investitionsausgaben sinken auf 3,4 Mrd. Euro.



Selbst wenn Berlin von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts finanziell profitieren könnte, sind damit die Haushaltsprobleme nicht gelöst. Denn durch die Reduzierung der Mittel für Berlin aus dem Solidarpakt II, die im Moment 2 Mrd. Euro pro Jahr betragen, kommen zusätzliche Herausforderungen auf Berlin zu.

Daher müssen Ausgaben gesenkt und Einnahmen gesteigert werden, um die Neuverschuldung auf Null absenken zu können. Eine weitere Veräußerung von Landesbeteiligungen ist vom Senat jedoch nicht geplant. Ebenso soll das Ausgaben-niveau bei über 20 Mrd. Euro bleiben. In der Rot-Roten Systematik scheint das Ende der Fahnenstange bei der Haushaltskonsolidierung erreicht. Deshalb fordert die FDP-Fraktion grundlegende Strukturreformen ein.

Wir brauchen eine Aufgabenkritik, um durch Reduzierung überflüssiger Staatsaufgaben in Verbindung mit dem Abbau von Bürokratie Personalkosten einsparen und wirtschaftliche Potentiale freilegen zu können. Beteiligungen müssen umfassend veräußert und in den Wettbewerb gestellt werden. Das befreit Berlin von potentiellen Verlustbringern, wie das Beispiel der landeseigenen Wohnungsunternehmen deutlich zeigt. Auch müssen alle staatlichen Zuschüsse auf effizienten Mitteleinsatz überprüft werden, um die maximale wirtschaftliche Wirksamkeit dieser Gelder sicherzustellen.

Berlin steht selbst mit Unterstützung aus Karlsruhe ein noch härterer Sanierungskurs bevor, um die Landesfinanzen zu stabilisieren.

Ohne Strukturreformen geht es nicht.

Erik Schmidt MdA (Marzahn-Hellersdorf)

Aus der Landespartei

Wachstum ist gut

von *Gaby Heise*



Wachstum ist gut. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für politische Parteien. Umso erfreulicher, dass die Berliner FDP nicht nur ein leichtes Wachstum – die Berliner Wirtschaft wäre schon darüber glücklich – zu verzeichnen hat, sondern seit Jahresbeginn um rund 20 % zugelegt hat. Mehr als 500 neue Mitglieder konnte unser Landesverband in den letzten neun Monaten aufnehmen – und der Run auf die FDP hält an.

Entgegen möglicher anders lautender Gerüchte: der Landesvorstand begrüßt ausdrücklich diesen Zuwachs und hat noch keinen Aufnahmestopp verhängt. Es ist wichtig und gut für unsere Partei, wenn sie wächst und mit vielen neuen Mitgliedern auch viele neue Ideen und viel Engagement für die liberale Sache kommen. Wichtig ist aber auch, dass sich alle Handelnden – voran die Vorsitzenden der Ortsverbände, für Neuaufnahmen federführend zuständig – ihrer Verantwortung bewusst sind und diese wahrnehmen. Neue Mitglieder sind kein Selbstzweck, auch nicht vornehmlich ein Machtfaktor, sondern das wichtigste Gut, das eine Partei hat. Sie wollen und müssen gepflegt werden, auch in Zeiten, in denen Wahlkämpfe und das, was damit zusammenhängt, nicht auf der Tagesordnung steht.

Der Landesvorstand geht davon aus, dass alle Ortsverbände bei der Neuaufnahme von Mitgliedern – wie umstritten sie auch seien – verantwortungsbewusst handeln und von ihren Rechten Gebrauch machen, aber auch ihre Pflichten beachten. Denn schließlich wollen wir alle Wachstum zum Wohle unserer Partei und zum Wohle unserer Stadt, in der wir im nächsten Jahr bei den Abgeordnetenhauswahlen Rot-Rot ablösen wollen. Das wird nur funktionieren, wenn sich alle an die Spielregeln halten und wir gemeinsam noch stärker werden.

Neben personeller Stärke brauchen wir dazu auch ein hervorragendes Programm. Mit der „Berliner Freiheit“ haben wir bereits vor einiger Zeit die Grundlage dafür gelegt. Auf dem Parteitag am 13.11 wollen wir weiter daran arbeiten und uns u.a. intensiv mit dem Thema „Gesundheitswirtschaft“ beschäftigen. Auf dass Wachstum sich hier wie auch dort nur positiv entfalte!

Gabriele Heise (OV Friedrichstadt) ist stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der FDP

Berichte aus Mitte

Haushaltsberatungen erfolgreich abgeschlossen

Piotr Pawlowski von der BVV-Fraktion

Die BVV war im letzten Monat vorwiegend mit den Beratungen zum Bezirkshaushalt beschäftigt, der immerhin mehr als 600 Mio. € umfasst.

Aus Sicht der FDP-Fraktion wurden in den Beratungen die sehr geringen Spielräume gut genutzt: Der Jugend- und Kulturbereich wurden in ihrem Kernbereich erhalten, die Stellen im Bürgeramt aufgestockt und zusätzliche Schwerpunkte für die Integration von Migranten gesetzt.

Unsere Vorschläge zur weiteren Aufstockung des Bürgeramtes (wegen der unzumutbaren Verhältnisse) und der zusätzlichen Förderung von Sprachkursen für Mütter und Kinder bei Migranten wurden leider abgelehnt, da vor allem SPD und PDS unsere Finanzierungsvorschläge (Stellenstreichungen in der Verwaltung) nicht gefielen. Unterstützung erfuhren wir dagegen von den Grünen und der CDU.

Gegen unsere Stimmen wurden außerdem 100.000 Euro für noch nicht näher definierte Projekte im Stephankiez eingestellt – ein Gebiet, das viele Jahre mit Sanierungsmitteln gefördert wurde und aus Sicht des Senats nicht einmal mehr die Kriterien für das Quartiersmanagement erfüllt. Alle anderen Fraktionen wollten aber unbedingt die bewährten Strukturen (genauer gesagt: Geldverteilungsmechanismen) in diesem Gebiet erhalten.

Trotzdem haben wir – wie fast alle Verordneten – dem Haushalt zugestimmt, da er aus unserer Sicht unsere wesentlichen Zielsetzungen erfüllt.

Wohnungspool?

Die BVV hat mit allen Fraktionen gegen unsere Stimmen beschlossen, einen Wohnungspool einzurichten, den das Bezirksamt mit Fällen aus dem Sozialamt und dem Jobcenter (Hartz IV) belegen kann. Unserer Meinung nach ist dies unnötig, spart dem Bezirk kein Geld und erzeugt zusätzlichen Verwaltungsaufwand.

Einladung zu Fraktionssitzungen

Die BVV-Fraktion lädt alle kommunalpolitisch Interessierten ein, an der Fraktionssitzung teilzunehmen, auf der jeweils die Tagesordnung der BVV beraten wird. Diese findet immer am Montag vor dem dritten Donnerstag im Monat statt. Wer erwägt, nächstes Jahr für die BVV zu kandidieren, sollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230 Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Ein Buddy Bär auf Reisen

Violetta Hartmann aus der BVV

Mitte-Bär ist der offizielle Name des zwei Meter hohen Buddy-Bären. Auf dem Pelz trägt er Sehenswürdigkeiten des Bezirks Mitte und einen Gruß an Peking-Chaoyang. Seine Mission tritt er als Botschafter der Freundschaft zwischen dem Bezirk Mitte von Berlin und Peking-Chaoyang an – seit 2004 sind beide Bezirke durch einen Freundschaftsvertrag verbunden.

Die feierliche Übergabe des Mitte-Bären durch Bezirksbürgermeister Joachim Zeller sowie das Vorstandsmitglied der Bezirksverordnetenversammlung Mitte, Violetta Hartmann, erfolgte im Rahmen des diesjährigen Central-Business-District-Festivals vom 15.-18. September in Peking. Für das bärenstarke Geschenk an den Pekinger Stadtteil gab es viele Unterstützer: Finanziert wurde das Projekt vom Wirtschaftskreis Mitte Berlin e.V., die künstlerische Umsetzung hat der Friedrichstadtpalast Berlin kostenlos realisiert und für den Transport ohne Flugticket sorgte der Flughafen Berlin-Schönefeld.

Der Buddy-Bär findet er seinen Platz im öffentlichen Raum des belebten Chaoyanger Business-Areal. Der Stadtteil befindet sich in einem rasanten Strukturwechsel und ist in den letzten Jahren zu einer angesagten Adresse für Geschäftsentwicklung in China avanciert. Während des jährlich stattfindenden Central-Business-District-Festivals trifft sich ein internationales Publikum aus Politik, Wirtschaft und Kultur.

BA Mitte für Bezirksliste

Kurt M. Lehner für den Bezirksausschuss

Der Bezirksausschuss diskutierte am 28. September die Wahlergebnisse der Bundestagswahl und die Vorbereitung der Abgeordnetenhauswahl im Herbst kommenden Jahres. Zu letzterem Punkt sprach sich der Bezirksausschuss nach intensiver Diskussion mit sehr deutlicher Mehrheit für die Aufstellung von Bezirkslisten zur Abgeordnetenhauswahl auf. Trotz engagierter Redebeiträge für die Landesliste sieht der Bezirksausschuss die Vorteile der Bezirksliste als

überwiegend an – er setzt sich aber für eine Änderung der Landesatzung ein, damit die Bezirkswahlversammlung zur Aufstellung einer Liste eine Mitgliederversammlung sein kann, und nicht nur, wie nach der gültigen Satzung, der Bezirksausschuss.

Außerdem debattierte der BA die Folgen der Bundestagswahl und fasste folgenden Beschluss:

„Gelb-grüne Reformprojekte ausloten!

Die FDP-Bundestagsfraktion soll angesichts des Wahlergebnisses vom 18. September eigenständig Gespräche mit den Grünen aufnehmen, um auszuloten, auf welchen Politikfeldern eine gemeinsame Regierungspolitik vorstellbar ist, auch wenn es zunächst nicht zu einer ‚Jamaika-Koalition‘ kommen sollte. Dabei soll das Thema Volksbegehren und Volksentscheid ein Schwerpunkt sein ... Dazu kommt in vielen Bereichen eine große Übereinstimmung zwischen den Liberalen und den Grünen etwa in der Innen- und Sicherheitspolitik, in den Fragen der Bürgerrechte und in vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Diese Themen sollten auch in der Opposition eine zentrale Rolle für die FDP im 16. deutschen Bundestag spielen. ...“

In der Begründung heißt es: „Der Verweis auf die Führungsrolle der Unionsfraktionen in der Frage von Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen entbindet die drittgrößte Fraktion des Deutschen Bundestages nicht von der Verantwortung, eigenständig Politik zu gestalten. ...“

Der vollständige Beschluss findet sich im Internet unter www.fdp-mitte.de.

Neumitglieder-Rekord

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Die Mitgliederdatei der FDP-Landesgeschäftsstelle gibt eine interessante statistische Auskunft: Im ersten Halbjahr 2005 war im BV Mitte der OV Wilhelmstadt mit weitem Abstand führend im Werben von Neumitgliedern. So konnte Wilhelmstadt im Durchschnitt jeden Monat eine/n Bürger/in davon überzeugen, neu in die FDP einzutreten (der OV Tiergarten schaffte dies jeden zweiten Monat, die OV'e Friedrichstadt und Oranienburger Tor einmal pro Quartal und der OV Wedding einmal im Halbjahr). Es hat sich bewährt, die Neumitgliederbetreuung einem aktiven und erfahrenen Vorstandsmitglied wie Daniela Zehentner anzuvertrauen. Wie wichtig echter Zuwachs ist - und nicht nur „Lastwagen fahren“ innerhalb der eigenen Reihen - hat das Bundestagswahlergebnis gezeigt. So soll nicht unerwähnt bleiben, dass die FDP derzeit als einzige etablierte Partei netto an Mitgliedern zunimmt.

Tiergarten und Krakau

Katja von Maur und Michael Saß vom OV Tiergarten

(kvm) Die Aktivitäten auch des OV Tiergarten waren im September fast vollständig vom Bundestags-Wahlkampf geprägt. An den Samstagen waren die Wahlkampfstände am Hansaplatz und/oder an der Arminiusmarkthalle zentrale Treffpunkte, gemanagt von Michael Saß.

Beim monatlichen Brunch im Walhalla wurden sodann die Ergebnisse der Wahl heiß diskutiert und die bevorstehende Klausurtagung in Krakau vorbereitet.

(ms) Zu seiner traditionellen Klausurtagung hatte der Ortsverband Tiergarten in diesem Jahr in die polnische Kulturmetropole Krakau eingeladen. 20 Teilnehmer aus dem OV, weiteren Orts- und Bezirksverbänden sowie dem liberalen Umfeld genossen die überaus fundierte Reiseleitung des Ortsvorsitzende Peter Pawlowski. Vor Ort erwartete die Beteiligten ein reichhaltiges Programm aus historischen, politischen und kulinarischen Elementen.

Der zweite Tag begann mit einer umfassenden Stadtbesichtigung unter sachkundiger Leitung einer Stadtführerin. Stationen waren das Schloss Wawel und die von Kriegszerstörungen verschonte Altstadt. Am Nachmittag schloss sich eine Besichtigung des nahe bei Krakau gelegenen Salzbergwerks von Wieliczka an. Hier ließen sich bei einem unterirdischen Rundgang traditionelle Methoden des Salzbergbaus und zahlreiche von den Bergleuten in das Salzgestein gehauene Kunstwerke einschließlich einer „Kathedrale aus Salz“ bestaunen.

Nahezu ein vollständiger Tag der Klausurtagung gehörte der Besichtigung des Konzentrationslagers Auschwitz. Die Teilnehmer legten am Mahnmahl für die Opfer des Massenmordes ein Blumengebinde ab und konnten sich danach die gesamte Gedenkstätte ansehen. Da sich die individuellen Eindrücke an diesem Ort der deutschen Geschichte schwerlich in wenigen Worten zusammenfassen lassen, sei jedem, der noch nicht vor Ort war, ausdrücklich ein Besuch der Gedenkstätte Auschwitz empfohlen.

Letzter Programmpunkt vor der Abreise war eine Diskussion mit dem früheren Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Jerzy Hausner, der einen spannenden Einblick in die politische Landschaft in Polen gab. Die Rückreise ließ sich mit der Erkenntnis antreten, dass Liberale auch in Polen keine leichte Aufgabe haben.

Personalien

(au) Nach dem erfreulichen Zweitstimmenergebnis der FDP bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 18. September besteht die liberale Fraktion im Deutschen Bundestag nun aus 61 Abgeordneten, aus Berlin können unser Landesvorsitzender **Markus Löning** und **Hellmut Königshaus** (beide Steglitz-Zehlendorf) ihre erfolgreiche parlamentarische Arbeit fortsetzen. Freude darüber gab es nicht zuletzt in Königshaus' Büro, wo unter den Mitarbeitern etwa der Vorsitzende des Ortsverbandes Charlottenburg-West, **Fabian Kyrieleis**, oder die bezaubernde stellvertretende Vorsitzende der Berliner Jungen Liberalen, **Juliane Puls**, auf den Wiedereinzug „ihres“ Abgeordneten gehofft hatten. Glücksgefühle löste auch das überraschend gute Ergebnis der süddeutschen Landesverbände aus: **Michael Link** (Foto) zum Beispiel, bis dato als Referent der Bundestagsfraktion tätig und Kandidat auf dem für wenig erfolgversprechend angesehenen Listenplatz 9 in Baden-Württemberg, mochte seinen Einzug in das Parlament kaum glauben – und der Landesverband Bayern, auf einen fünften Abgeordneten hoffend, darf ebenfalls neun ins Parlament entsenden; leider liegt kein Foto von dem Moment vor, in welchem z.B. die Kandidatinnen **Marina Schuster** und **Miriam Grub** davon erfuhren. Nur für zwei Wochen währte hingegen die Parlamentskarriere von **Petra Müller**, Listenplatz 14 in NRW; nach dem hohen Ergebnis für die FDP bei der Nachwahl in Dresden rückte im Zuge des Partei-bezogenen Auszählungsverfahrens nach Hare-Niemeyer statt ihrer der sächsische Kandidat **Christoph Waitz** in den Bundestag ein. In jedem Fall schritten die Liberalen schnell zur Besetzung erster Ämter: Vorsitzender der Fraktion bleibt bis Mai 2006 **Wolfgang Gerhardt**, welcher dann für den Rest der zweijährigen Amtszeit durch den Parteivorsitzenden **Guido Westerwelle** abgelöst wird, Stellvertreter sind **Birgit Homburger**, **Carl-Ludwig Thiele**, **Werner Hoyer** und **Rainer B.** – als parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion wurden **Jörg van Essen**, **Ernst Burgbacher** und **Jürgen Koppelin** bestätigt, neu hinzu kam Bundestags-Neuling **Jan Mücke** aus Sachsen; letzterer machte bereits Schlagzeilen, als der Online-Dienst des Bundestages ihn zeitweilig versehentlich der Linkspartei.PDS zugordnete. Wie dem auch sei, für die bevorstehenden Wahlen zu den fachpolitischen Sprechern ist auf viel Kompetenz und wenig Rheinland-Pfalz zu hoffen.



(au) Nicht nur politisch und kulturell, auch kulinarisch und menschlich war die vom Ortsvorsitzenden **Peter Pawlowski** trefflich organisierte Exkursion des OV Tiergarten nach Krakau ein sehr erfreuliches Erlebnis. Aus dem Tiergartner Ortsvorstand waren **Kurt M. Lehner**, **Michael Saß**, **Michael Herrmann**, **Donald Tuckwiller** und **Antje Pieper** dabei, wenn beim Hühnchen mit Lachsfüllung über Politik und das Leben geplaudert wurde. Aus Friedrichstadt hatte Esayjet den Bezirksvorsitzenden **Henner Schmidt**, aus Wilhelmstadt **Martina Rozok**, aus dem OV OT **Wolf-Dieter Hasenclever** und **Nils Augustin** und aus dem Wedding **Natja Denk** und **Erwin Loßmann** in das alte jüdische Viertel mit seinen zahlreichen originellen Kneipen und Bars transportiert, von außerhalb unseres BV Mitte genoss **Nikoline Hansen**, Ortsvorsitzende in Friedrichshain, die herzliche und entspannte Atmosphäre in der 20-köpfigen liberalen Reisegruppe.

(kvm/au/ss) Als Helden der Wahlkampfstände ehrt der OV Tiergarten neben dem Organisator **Michael Saß** für unermüdliche Präsenz **Donald Tuckwiller** und **Helmut Strizek**, für unübertroffene Überzeugungskraft **Gernot Kieseritzky** und **Rico Merkert**. Im OV Wedding wurde das bereits legendäre Engagement von **Natja Denk** komplettiert durch die Erfahrung von **Erwin Loßmann** und **Peter Lundkowski**, u.a. auffällig auch Neumitglied **Sylko Winkler** und Mitglied in spe **Klaus Kreiter** im Dauereinsatz. Aus dem OV OT fiel angenehm das Wahlkampfmobil von **Madeleine Voigt** auf, **Nils Augustin** und **Maren Jasper** organisierten Stände, viel Präsenz zeigten etwa **Alexander Voß** und **Arno Schödl**. Die Friedrichstädter Wahlkämpfer freuten sich besonders über Unterstützung der Neumitglieder **Ferdinand Martens**, **Suzanne Kunz** und **Henry Koch** sowie der stets sehr engagierten Damen **Inge Müller-Hönow** und **Eva-Maria Heydt**. Vom OV Wilhelmstadt waren **Anna Schwan**, **Marc Lienau**, **Violetta Hartmann**, **Daniela Zehentner** und **Petra Schulz** aktiv.

(au) Ehrung für zwei Liberale aus dem OV OT: **Jan Valentin Deichsel** darf nunmehr den Titel eines Doktors der Rechte führen, und **Jürgen Stindt** ist seit über fünf Jahren Bundesgeschäftsführer der Jungen Liberalen – ein Allzeitrekord.

(au) Beim Kongress der ELDR – Zusammenschluss von 48 liberalen Parteien aus Europa – im slowakischen Preßburg wählten die Delegierten **Markus Löning** zu einem der sieben Vize-Präsidenten. Präsidentin ward **Annemie Neyts** MdEP aus Belgien als Nachfolgerin von **Werner Hoyer** MdB (NRW), der nicht mehr kandidierte.

Leserbriefe

Erwin Loßmann (OV Wedding)

Der Satz des Generalsekretärs Dirk Niebel, „Westerwelle hat die Wahl gewonnen, er hat Zugriff auf jedes Amt“, ist höchst bedenklich. Die gesamte FDP hat die Wahl gewonnen. Der Vorsitzende hat sicherlich einen großen Anteil am Stimmengewinn, andere Parteifreunde wie z.B. Gerhardt und Solms aber auch. Vielleicht sogar der Parteisoldat am Stand auf den Straßen und Plätzen der Republik.

Wie steht es eigentlich in diesem Zusammenhang mit der Unabhängigkeit unserer Abgeordneten? Durchfallen lassen können diese den Parteivorsitzenden beim Griff auf den Fraktionsvorsitz aus bekannten Gründen nicht, also wurden sie gleich zu Beginn der Legislaturperiode unwürdig behandelt. Die Partei ist kein Verschiebebahnhof für öffentliche Ämter. Man beachte: Ehrgeiz ist gut, Vernunft und Augenmaß ist besser.

Bettina von Seyfried (OV Wedding) und Violetta Hartmann (OV Wilhelmstadt)

Unsere Landessatzung sieht vor, dass Neumitglieder im Ortsverband ihres Domizils aufgenommen werden, wenn nicht ein begründeter Ausnahmefall zur Aufnahme in einen anderen Ortsverband vorliegt. Ob das im Einzelfall gegeben ist, muss der Domizil-OV prüfen. Zu Recht war es jüngst Konsens im Landesausschuss, dass wir alle unserer Satzung diesen Respekt erweisen sollten.

Schlusswort

Bundestagswahl 2005 - Epilog

von Jan Valentin Deichsel

Knapp 10 % haben sich am 18. September für eine klare liberale Alternative entschieden.

Das Ergebnis macht deutlich, dass viele Wähler auch der CDU die notwendigen Reformen nicht zutrauen. Sie haben sich daher für das liberale „Original“ entschieden, weil es sie inhaltlich mehr überzeugt hat.

Das Ergebnis ist somit keineswegs eines von CDU's Gnaden, sondern vielmehr der Erfolg eines zukunftsorientierten Programms.

Die Wahl 2005 hat das Klischee der „Spaßpartei“ ebenso wie das der „Umfallerpartei“ entkräftet. Die konsequente Absage, als Steigbügelhalter von Rot-Grün zu fungieren, zeigt Entscheidungsstärke. Sie stellt gerade keine Verweigerung des Wählerwillens dar, wie es verzweifelt aus der roten Ecke schallt. Rot-Grün ist nicht in der Lage, die notwendigen Reformen für unser Land zu schultern. Für eine Lebensverlängerung dieser ergebnislosen Politik gibt es bei den liberalen Wählern keinen Wählerwillen!

Die FDP kann sich nun als drittstärkste Kraft mit einer konsequenten liberalen Politik nachhaltig für die Regierungsverantwortung empfehlen.

So kann der Wähler auch zukünftig davon überzeugt werden, mit der FDP dem zukunftsfähigen „Original“ seine Stimme zu geben. Weiter so!

Liberales Unternehmen in Mitte: **Dr. Arno Schödl** (OV Oranienburger Tor)



Dr. Arno Schödl ist Gründer und technischer Leiter von think-cell Software. Er ist gebürtiger Berliner und hat zunächst in Berlin und dann in den USA bis zur Promotion im Fach Informatik studiert. Nach kurzen Tätigkeiten bei Microsoft und McKinsey kehrte Arno Anfang 2002 nach Berlin zurück und gründete die Firma think-cell, die Softwareprodukte für Unternehmensberatungen entwickelt, die die Produktion von elektronischen PowerPoint-Folien effizienter macht. Diese Geschäftsidee war Gewinner des Berliner StartUp-Wettbewerbs 2002. Inzwischen sind die Produkte von think-cell im Markt fest etabliert und werden von vielen Unternehmensberatungen global eingesetzt. Arno wohnt zusammen mit seiner Frau seit Anfang 2004 in Mitte und ist Mitglied im FDP-Ortsverband Oranienburger Tor. In den vergangenen Wochen hatte er besonderen Spaß beim Straßenwahlkampf auf der Oranienburger Straße. Er ist außerdem Hobbypilot und deshalb erklärter Feind des Flugverbots über der Berliner Innenstadt.

Termine

Oktober 2005

- 11.10 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 11.10 19.30h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im restaurant Nö! (Glinkastr. 23)
- 12.10 19.30h OV Wilhelmstadt: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** zum Haushalt des Landes Berlin – Referenten Christoph Meyer Mda und Sibylle Meister Mda – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str. 5), Raum 107
- 13.10 20.00h OV Wedding & OV OT: **Informationsveranstaltung** zum BND-Bauprojekt an der Chausseestraße – mit Planer Jan Kleihues – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str. 5), Raum 388, bitte anmelden bei Natja Denk mail@denktank.biz
- 15.10 20.00h JuLis Mitte: **Liberales Oktoberfest** bei Christoph Santl (Prinzenallee 25/26)
- 18.10 17.00h FNSt: **16. Kommunalpolitischer Tag** – Berliner Bezirke suchen Investoren – im Haus der Wirtschaft (Am Schillertheater 2) – Info, Anmeldung unter www.fnst.org
- 18.10 19.00h BV Mitte: **Gesprächskreis Tourismus, konstituierende Auftaktveranstaltung** – Thema: Internationale Trends im touristischen Stadtmarketing – Referent: Martin Buck, ITB – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str. 5), Raum s. Anzeigetafel
- 25.10 20.00h OV OT: **Mitgliederversammlung** – Analyse der Bundestagswahl 2005 mit Wolf-Dieter Hasenclever – im Cum Laude (Universitätsstr.)
- 30.10 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Walhalla (Krefelder Str. 6)

November 2005

- 01.11 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss**, Info www.fdp-berlin.de
- 01.11 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- und Interessententreff** im Via Nova (Universitätsstr. 2)
- 08.10 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 08.10 19.30h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im restaurant Nö! (Glinkastr. 23)
- 13.11 LV Berlin: **Außerordentlicher Landesparteitag** im Hotel Berlin (Lützowplatz 17)
- 27.11 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** im Walhalla (Krefelder Str. 6)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Vorstands-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich.

13. Oktober 2005, 20:00 Uhr, Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstraße 5, Raum 388

JAN KLEIHUES STELLT VOR: DAS BAU-PROJEKT „CHAUSSEESTRASSE“

Das Bauprojekt für den Bundesnachrichtendienst an der Chausseestraße ist für den Stadtteil Wedding, aber auch für ganz Berlin-Mitte, sicher eines der wichtigsten und Aufsehen erregendsten architektonischen sowie städteplanerischen Vorhaben aktuell. Jan Kleihues ist Inhaber des beauftragten Architekturbüros Kleihues + Kleihues und federführender Planer für den BND-Neubau. Er wird das Projekt zunächst vorstellen, um dann gern auf die anknüpfenden Fragen zu reagieren.

Wegen des erwarteten Interesses wird Anmeldung erbeten. Bitte wenden Sie sich dazu an das Büro von Natja Denk, denk tank Ghostwriting: T 030.45.30.14.20, F 030.45.30.14.40, mail@denktank.biz

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.